

# DIE VOLKSWOHNUNG

ZEITSCHRIFT FÜR WOHNUNGSBAU UND SIEDLUNGSWESEN

3. JAHRGANG

10. APRIL 1921

HEFT 7

[Alle Rechte vorbehalten.]

## Die Organisierung der Künstler.

Von Walter Curt Behrendt.

Die nachstehenden Ausführungen sind veranlaßt durch den Gesetzentwurf des Bundes Deutscher Architekten für die Errichtung von Architektenkammern, der zur Zeit vom Reichswirtschaftsministerium geprüft wird und der in den Mitteilungen des Bundes („Die Baugilde“ Nr. 8/9 vom 2. März 1921) veröffentlicht ist. Ohne auf Einzelheiten des Gesetzentwurfs näher einzugehen, wird hier lediglich der Versuch unternommen, einige allgemeine und grundsätzliche Fragen zu klären.

Der Verfasser.

I.

Erst seit Begründung der Akademien gibt es einen Künstlerberuf, gibt es die Kunst als besonderes Berufsstudium. Und mit dieser Berufsspezialisierung beginnt auch die soziale Isolierung des Künstlers und der Kunst überhaupt. Solange die Kunst noch im Boden des Handwerks wurzelte, hier ihre Lehre empfang und solange ihre Meisterschaft im Schoße des Handwerks wuchs, war auch die soziale Funktion und die Stellung des Künstlers innerhalb der Gesellschaft klar und eindeutig bestimmt: er hatte seinen natürlichen Platz in den Reihen des gewerbetreibenden Bürgerstandes. Mit den geistigen und sozialen Emanzipationsbestrebungen der Künstler seit dem 16. Jahrhundert, mit dem Ersatz der mittelalterlichen Handwerksüberlieferung durch die wissenschaftliche Kunsttheorie der Renaissance (diese Zusammenhänge beleuchtet Waetzolds neue Schrift „Gedanken zur Kunstschulreform“) wird der Künstler zwar persönlich frei, aber zugleich sozial entwurzelt und wirtschaftlich abhängig. Seitdem er nicht mehr dem Handwerk zugehört, schwebt er als soziale Gruppe vollständig in der Luft. Die falsche Überheblichkeit, mit der sich die Künstler über die Gesellschaftsschicht gestellt haben, in der sie von altersher wurzelten, hat dazu geführt, daß der soziale Wert des Künstlerberufs maßlos überschätzt wurde, von der Gesellschaft sowohl wie von den Künstlern selbst, die einem oft geradezu grotesken Eigendünkel huldigen und unter dem Eindruck imaginärer Größe sich in einer bedenklichen Überschätzung ihrer Mission gefallen. Zugleich gerät der Künstler immer mehr in eine gefährliche geistige und wirtschaftliche Abhängigkeit von den führenden Gesellschaftsschichten, die ihn

geschickt ihren besonderen Zwecken dienstbar zu machen wissen. Ein charakteristisches Beispiel bietet die Fürstenkunst des 18. Jahrhunderts, die, künstlich von oben her gezüchtet, ausgesprochen repräsentativen und merkantilistischen Absichten dient und, abseits der Überlieferung stehend und vielfach sogar die gesunden Triebe volkstümlicher Kunst erstickend, dem Volke unverständlich bleibt. Die Kunst befriedigt nicht mehr ein natürliches Lebensbedürfnis, sondern nur die Genußsucht und den Ehrgeiz einer bevorzugten Gesellschaftsklasse. Sie geht nach Brot, und der Künstler, ohne den sicheren Schutz der Zünfte und handwerklichen Genossenschaften, wird selbst hineingerissen in den aufreibenden Kampf des Wirtschaftslebens. Unter der Herrschaft des Unternehmertums endlich, das erfolgreich auch die freien Berufe kapitalisiert, wird der „freie“ Künstler dann zum gewerblichen Angestellten, zu einem auf den Arbeitsvertrag verpflichteten Arbeitnehmer. In solcher wirtschaftlichen Abhängigkeit aber schwindet auch der letzte Rest der ursprünglich erstrebten persönlichen Freiheit, und der Künstler verfällt rettungslos dem geistigen Proletariat.

Aus der Erkenntnis, daß er, allein und auf sich selbst gestellt, in diesem Wirtschaftskampf unterliegen muß, wächst dann das Verlangen und der Trieb des Künstlers, sich zu organisieren und durch Zusammenschluß seine Macht zu stärken gegen die wirtschaftlichen Gewalten, die ihn bedrohen. Um sich neue, gesündere Produktionsbedingungen zu schaffen, die ihre Existenz sichern, beginnen auch die Künstler, Verbände zu gründen und sich genossenschaftlich zu organisieren. Solchen Absichten dankt auch der Vorschlag zur Errichtung von Architektenkammern seine Entstehung, den der Bund Deutscher Architekten vor kurzem veröffentlicht hat. Diese Bestrebungen sind typisch für die soziale Entwicklung und bestätigen nur eine allgemeine Erscheinung des Wirtschaftslebens. Auf eine Zeit starrer Bindung des Wirtschaftslebens folgt eine Epoche völlig unbeschränkter Freiheit der wirtschaftlichen Kräfte. In ihren letzten extremen Auswirkungen aber führt diese Freiheit dann zu



so schwerwiegenden Schäden für die Allgemeinheit, daß sich der Wunsch, mehr noch die Notwendigkeit ergibt, wieder zu neuen gesellschaftlichen Bindungen zu gelangen. Nach der Übersteigerung des freien Spiels der Kräfte verlangt das Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit wieder die Rückkehr zur Gebundenheit, zur Plan- und Gemeinwirtschaft, zur Organisation der Produktion.

## II.

Organisation der Künstler kann in diesem Sinne also nur bedeuten Organisation der künstlerischen Arbeit. Da die Arbeit aber letzten Endes nur das natürliche Ergebnis der jeweils herrschenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist, so kann die Organisation der Arbeit auch immer nur die Ordnung eben dieser Verhältnisse zum Ziel haben. Sie darf sich also nur auf die Erzeugung erstrecken, dagegen nicht auf das Erzeugnis; das heißt in diesem Fall auf die künstlerische Produktion, nicht aber auf die Kunst. Die Kunst läßt sich weder organisieren noch gar auf organisatorischem Wege schaffen. Überall, wo Versuche in dieser Richtung unternommen wurden, war das Ergebnis unzulänglich. Das Fiasko der Kunstakademien, das Versagen staatlicher Bauverwaltung, der Mißerfolg des Heimatschutzes und ähnlicher Bestrebungen mögen als Beweise genügen. (Daß der vorliegende Gesetzentwurf für die Errichtung von Architektenkammern dieser Grundforderung nicht genügt, lehrt ein Blick auf die Bestimmungen der §§ 3 und 8.)

Die Organisation der künstlerischen Arbeit kann letzten Endes nur den einen Zweck haben, die Produktion zu überwachen und so zu fördern, daß die Güte und Brauchbarkeit der Arbeitserzeugnisse sichergestellt ist: eine sittlich-ideale Aufgabe von zugleich eminent wirtschaftlicher Bedeutung. Diesem Zweck diene in vollkommenster Weise und bisher nie wieder erreichtem Maße die mittelalterliche Zunftorganisation des Handwerks, eine ausgesprochene Organisation der gewerblichen Arbeit (nicht der Arbeiter). Der Zunftzwang sichert mit dem Recht auf Arbeit das Wohl der Produzenten und schützt zugleich den Konsumenten, indem er die Ausführung der Arbeit durch das jeweils berufszuständige Gewerbe gewährleistet, indem er für den einzelnen den Umfang der Produktion beschränkt, den Wettbewerb Unzünftiger ausschließt und mit alledem eine höchst wirksame Sicherung gegen Pfuscharbeit schafft.

Auch der Gesetzentwurf des B. D. A. für die Errichtung von Architektenkammern, der im

Sinne der alten Zunftordnung eine Organisation des Architektenstandes auf öffentlich-rechtlicher Grundlage anstrebt, nennt als Zweck und Aufgabe der Kammern unter anderm, die Berufsausübung der Architekten zu sichern (§ 2), was auch hier nur heißen kann, die Bedingungen für gute Arbeit zu schaffen. Der Gesetzentwurf will dieses Ziel dadurch erreichen, daß durch rechtliche Bestimmungen Unzünftige von der Berufsbezeichnung ausgeschlossen und die Konsumenten zu ihrem eigenen Schutz auf einen bestimmten Kreis organisierter Produzenten beschränkt werden, derart, daß der Bauherr, sobald er sich der Arbeitskraft dieser Organisierten bedient, sicher geht, auch sachgemäß und tüchtig bedient zu werden. Demnach bestimmt das Gesetz, daß nur der sich Architekt nennen darf, der in die Mitgliederliste der Architektenkammer eingetragen ist (§ 16). Sollen den Organisierten so weitgehende Rechte, eingeräumt werden, wie sie in der Beschränkung der Berufsbezeichnung ausgesprochen und beabsichtigt sind, so erwächst ihnen damit aber auch die Verpflichtung, für die gute Arbeitsleistung ihrer Mitglieder zu garantieren. Es muß unbedingte Gewähr dafür gegeben sein, daß die Mitglieder der Kammer tatsächlich zur Qualitätsleistung befähigt sind. Wie das geschehen soll, verschweigt der Entwurf. Er spricht vielmehr jedem Architekten das Recht auf Mitgliedschaft zu, der „seine berufliche Befähigung durch achtenswerte persönliche Leistung nachweist“ (§ 5). Die Prüfung des Antrags auf Eintragung in die Mitgliederliste soll einem Spruchamt übertragen werden, bestehend aus dem Vorstand der Architektenkammer und einem Vertreter der Aufsichtsbehörde. Sie soll sich erstrecken auf das baukünstlerische und technische Können sowie auf die zur Leitung eines Baues erforderliche Bildung (§ 8). Da indessen der Begriff der „achtenswerten persönlichen Leistung“ in keiner Weise erläutert wird, bleibt der Maßstab durchaus relativ, und der willkürlichen Ausdeutung des Spruchamts ist Tür und Tor geöffnet, was die Prüfung, statt zu einem Mittel für die Scheidung der Könner von den Pfuschern, zur reinen Farce werden läßt. Auch muß der Wert einer Prüfung durch ein Spruchamt, dessen Qualifikation zu der ihm übertragenen Aufgabe in keiner Weise gewährleistet ist, zum mindesten fragwürdig erscheinen. Im übrigen kann, wie genugsam bekannt, die Fähigkeit zur Qualitätsleistung überhaupt nicht durch solche Prüfungen festgestellt werden. Und so wenig die Kunst lehrbar ist, so wenig läßt



sich der künstlerische Befähigungsnachweis jemals auf dem Wege von Prüfungen erbringen.

Aus solchen Gründen hat die mittelalterliche Zunftordnung in weiser Einsicht darauf verzichtet, den Begriff der guten Arbeit zu erläutern oder gar festzulegen; sie beschränkt sich vielmehr auf Angaben über die Art der Ausführung einer Arbeit, über das zu verwendende Material und seine Behandlung, über Art, Form und Größe des handwerklichen Erzeugnisses. Dagegen gibt sie ausführliche und bis ins einzelne gehende Vorschriften über die Ausbildung, der sich die künftigen Zunftmitglieder vor ihrer Aufnahme zu unterziehen haben, sowie über die zur Erlangung handwerklicher Selbständigkeit erforderliche Meisterprüfung. Zu diesem Punkt nun läßt der vorliegende Gesetzentwurf jedwede Andeutung vermissen, und er geht damit, in unbegreiflicher Verkennung der Zusammenhänge, an dem eigentlichen Kern des Problems vorbei. Denn in der Erziehung des künstlerischen Nachwuchses liegt der Schwerpunkt der ganzen Organisationsfrage, von hier haben alle Erörterungen über diese Frage auszugehen. Solange das Erziehungssystem auf falscher Grundlage beruht, kann eine Gewähr für Qualitätsleistungen überhaupt nicht gegeben, kann die Berufsausübung des Architekten, wie es der vorliegende Organisationsplan bezweckt, nicht sichergestellt werden.

Mit dem Erziehungsproblem aber wird die gegenwärtige Schicksalsfrage der Kunst überhaupt aufgerollt. Gelingt es nicht, die Erziehung des Nachwuchses auf eine neue Basis zu stellen, ihn mit einer neuen Auffassung vom Wesen seines Berufs, der nicht Kunst ist, sondern nur Handwerk sein kann und allein durch eine persönliche, jeweils von der Stärke der Begabung abhängige Kraft zur Kunst veredelt werden kann, zu erfüllen, so müssen wir unsere Hoffnungen auf eine Erneuerung der Architektur wie der Kunst überhaupt fahren lassen. Gelingt es aber, so werden sich die meisten Fragen, um deren rechtliche Regelung der vorliegende Gesetzentwurf sich jetzt vergebens bemüht, von selbst erledigen.

### III.

So mündet auch das schwebende Problem der Organisation der Künstler letzten Endes ein in das größere Problem der Erziehung des künstlerischen Nachwuchses. Und die Architektenschaft insbesondere hat — gerade auch im Hinblick auf ihre Organisationsbestrebungen — allen Anlaß, diesem Erziehungsproblem nunmehr ihre ungeteilte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Solange nicht Klarheit über dieses Grundproblem ge-

wonnen ist, schwebt die Erörterung aller anderen Berufs- und Standesfragen völlig in der Luft. Solange bleibt es auch gänzlich zwecklos (und zeigt höchstens eine kleinliche Neigung zu engherziger Kastengesinnung), wenn heute in Architektenkreisen immer wieder und mit besonderer Vorliebe von einer Hebung des Standes und von einem Schutz der Titel- und Standesbezeichnung gesprochen wird. Ein Stand kann nur durch den Wert seiner Arbeit gehoben werden, nur durch seine Leistung kann er Ehre und Ansehen gewinnen.

Die Leistung aber wird im wesentlichen bedingt durch die Erziehung und Ausbildung, die dem Nachwuchs zuteil wird. Zwar bringt die Lehre nicht automatisch schon die gute Leistung hervor, wohl aber schafft sie die Grundlagen dafür, und diese Grundlagen können jeweils schlechter oder besser sein. Daß sie heute unzulänglich geworden sind, daß das herrschende Erziehungssystem gegenüber den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen vollständig versagt, steht außer Frage. Die Vorbildung der Architekten für die wichtigsten Aufgaben der Zeit, für die Aufgaben des Wohnungsbaues und Siedlungswesens, ist durchaus ungenügend. Darüber gibt es in Fachkreisen nur eine Stimme. Daraus erwächst diesen Kreisen aber auch die dringende Pflicht, die Grundlagen des Architekturunterrichts und der künstlerischen Erziehung so bald als möglich zu erneuern. Diese Erneuerung muß von Grund aus erfolgen und sie muß mit vollem Verantwortungsgefühl, aber auch mit mutiger Entschlossenheit durchgeführt werden. Halbe Reformen von oben her, wie sie heute beliebt und an verschiedenen Stellen versucht werden, nützen nichts. Hier kann nur ganze Arbeit helfen.

Die mittelalterliche Zunftverfassung, die mit ihrer bewährten Lehrweise handwerklicher Meistererziehung wie kein anderes Erziehungssystem bewirkt hat, daß das Handwerk sich allenthalben zur Kunst entfalten konnte, daß blühender Wohlstand und wirtschaftliche Selbständigkeit unter den Angehörigen dieses Standes herrschte, werden wir freilich nicht wieder einführen können, weil wir den Wirtschaftszustand nicht wieder herzustellen vermögen, auf dem sie beruht und aus dem sie hervorgegangen ist. Wir müssen vielmehr unter Beachtung der allgemein gültigen Grundsätze dieser Verfassung nach einer neuen Arbeitsordnung suchen, die unter voller Berücksichtigung der heute herrschenden Wirtschaftszustände in gleicher Weise die Höchstleistung der gewerblichen und damit der künstlerischen Produktion sicherstellt.



## Planmäßig stufenweise Entwicklung städtischer Flachbaugebiete.

Von Stadtbauinspektor **E. G. Wagner**, Stettin,  
und Regierungsbaumeister **Otto Schmidt**, Stadtbaumeister, Bottrop i. Westf.

### I.

Die Aufstellung von Bebauungsplänen für großstädtische Erweiterungsgebiete birgt in sich die Aufgabe, für die verschiedenen Bezirke die jeweils letzten Endes zu wahrende Weiträumigkeit oder mit anderen Worten die Siedlungsdichte festzusetzen. Für die in Flachbauweise zu besiedelnden Wohnbezirke wird es sich zumeist um das Grundstücksmaß: Haus- + Hoffläche + 200 bis 250 qm Gartenfläche je Wohnung handeln. In diesem Maß sind zwei entgegengesetzt gerichtete Strebungen zu vernünftigem Ausgleich gebracht: auf der einen Seite die Forderung eines möglichst zu völliger Selbstversorgung ausreichenden Gemüsegartens bei jeder Wohnung, auf der anderen Seite das Bestreben, auf eine gewisse Gedrängtheit städtischer Bauweise zu halten, welche die verschlungenere Lebensführung des Städters fraglos erleichtert und die zur guten Gewohnheit gewordenen Anlagen für Licht- und Wasserversorgung und Schmutzstoffbeseitigung erst wirtschaftlich macht.

Nun zeigt sich heutzutage häufig, daß die soeben genannte, oftmals planmäßig vorgesehene Siedlungsdichte starke Anfechtung erleidet, wenn sie verwirklicht werden soll. Der Landhunger ist gegenwärtig begreiflicherweise außerordentlich groß, und ein starres Verharren auf dem Gartenmaß von höchstens 250 qm gelegentlich von Landvergebungen vermag unerwünschte Erregungen auszulösen. Nun sollte man bei Gelegenheit von Landvergebungen an siedlungswillige Baugenossenschaften und ähnliche Unter-

nehmungen, ehe man sich ohne weiteres streng an die für den endgültigen Zustand festgesetzte Norm hält, zunächst prüfen, ob die Gründe, aus denen man zur Norm gelangt ist, denn auch in dem gerade vorliegenden Fall von vornherein und dauernd gegeben sind, oder ob man in dieser Hinsicht etwa mit einer zeitlichen Veränderlichkeit rechnen kann.

Es wird nämlich in den meisten Fällen nicht mit einem raschen Entstehen einer in sich abgerundeten größeren Siedlung zu rechnen sein, sondern unter heutigen Verhältnissen wird eine Gesellschaft oder eine Gruppe von solchen, die sich eine zusammenhängende größere Gelände- fläche gesichert hat, nur sehr allmählich mit dem Ausbau voran kommen, und es wird nicht selten der Fall vorliegen, daß sich der Siedlungsvorgang im Zusammenhang mit der sonstigen städtischen Siedlungspolitik in zwei zeitlich klar getrennte Stufen zerlegen läßt. Nämlich in einen ersten Zustand (vgl. Abb. 1), während dessen die erbauten Wohnungen noch so wenig zahlreich sind, daß die zur Verfügung stehende Grundfläche unter sie in Gartenstücke von genügender Größe aufgeteilt werden kann, um darauf für lange Zeit — zur Not dauernd — die Fäkalien und Schmutzwasser der Anwohner unterbringen zu können, ohne eine Übersättigung des Bodens befürchten zu müssen. Bei sehr leichtem Boden dürften 600 qm die unterste Grenze dafür darstellen, wenn lediglich die einfachsten und billigsten Abstoffbeseitigungsweisen (z. B. Torfmüllaborte) angewandt werden. Von einer Kanalisation kann unter solchen Umständen zunächst Abstand genommen werden.

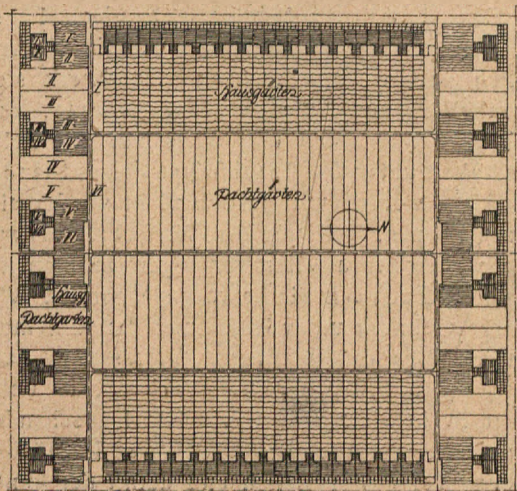


Abb. 1. Stufe I.

Baublockaufteilung. M. 1:4000.

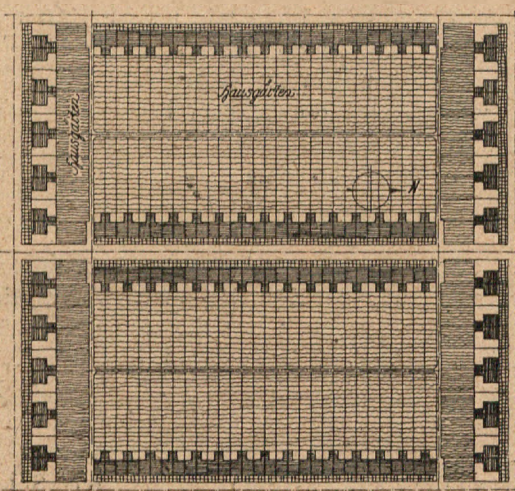


Abb. 2. Stufe II.



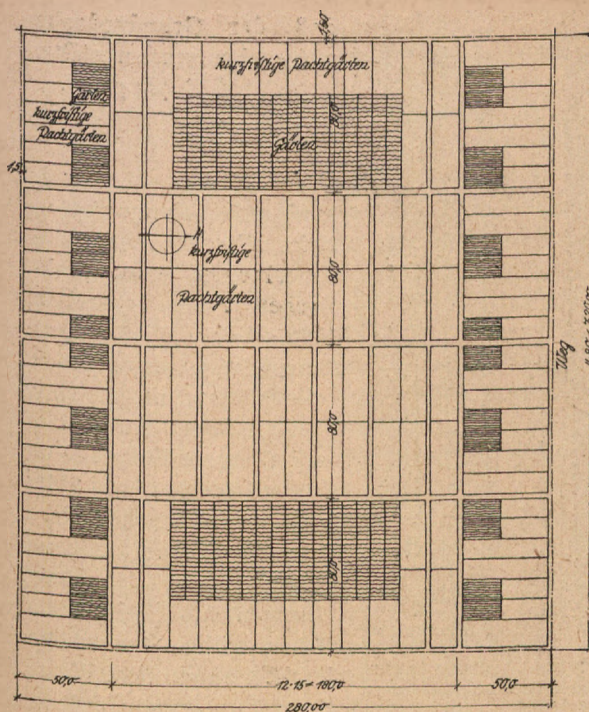


Abb. 3. Stufe Ia.

Baublockaufteilung. M. 1:4000.

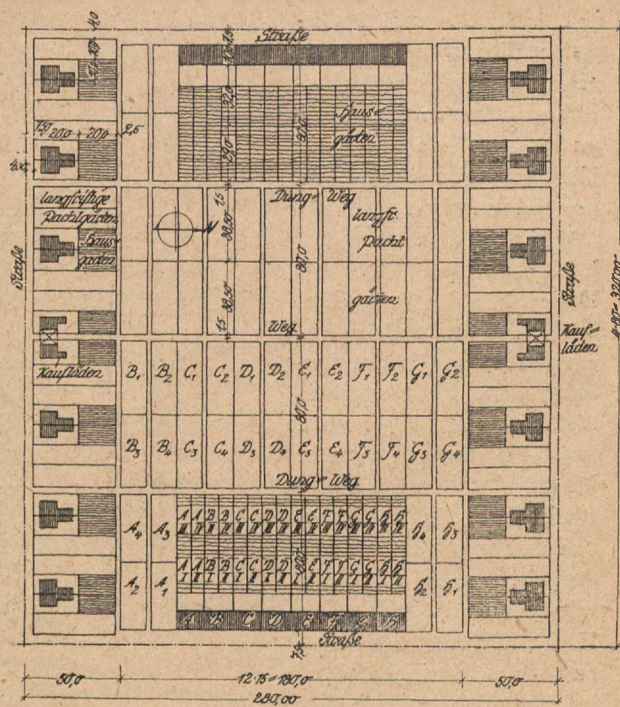


Abb. 4. Stufe Ib.

Durch die Ausgleichsmöglichkeiten, die großer städtischer Landbesitz bietet, würde sich einem solchen ersten Zustand eine einigermaßen abgrenzbare Dauer geben und sein Aufgehen sich in den Rahmen planmäßiger Siedlungspolitik einfügen lassen.

Sobald nun die Vergrößerung der Siedlungsdichte auf die vorgesehene Norm wünschenswert erscheinen sollte, würde der zweite, der Endzustand, herbeigeführt werden (vgl. Abb. 2). D. h. es würden die Gartenflächen für die bisherigen Anwohner auf etwa 250 qm je Hausstand verkleinert, die entsprechende Anzahl neuer Wohnungen mit dem gleichen Gartenmaß erstellt und nunmehr die Kanalisation als jetzt unerlässlich angelegt werden.

In den beiden Abbildungen 1 u. 2 ist der soeben dargelegte Ge-

dankengang in rein schematischer Weise am Beispiel einer aus Einfamilienhäusern bestehenden Wohnungsanlage dargestellt, die zunächst einen Block von ansehnlicher Größe bildet und später in zwei Blöcke von normalen Abmessungen sich gliedern würde. An den nordsüdlich ver-

laufenden Straßen sind Reihenhäuser, an den ostwestlich gerichteten Einfamilienhäusern angenommen, um Räume mit reiner Nordlage zu vermeiden. Abweichend von der wirtschaftlich oft sehr vorteilhaften Anordnung: „Zusammenfassung der Häuser nebst dauernd zu ihnen gehörigen Gärten zu einem geschlossenen Ganzen und des zur Gartenflächenvergrößerung beigegebenen Pachtgartenlandes zu einem abgelegenen anderen Ganzen“ ist hier absichtlich der Hauptwert auf engen Zusammenhang der den Einzelwohnungen zuge-

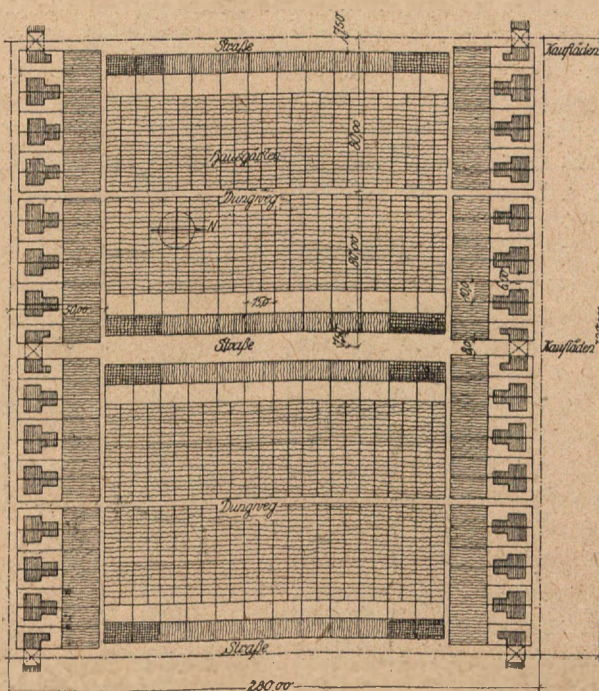


Abb. 5. Stufe II. Baublockaufteilung. M. 1:4000.



teilten Dauer- und Pachtgartenflächen gelegt, um einem häufig sehr dringlich geäußerten Verlangen zu entsprechen und die Verwertung der Abstoffe der Haushaltungen als Dünger möglichst zu erleichtern (vgl. Abb. 1). Dabei bleibt, besonders bei den Reihenhäusern, ein derartiger Zusammenhang der Pachtgartenflächen in sich gewahrt, um sie zunächst unter Umständen in anderer Rechtsform als die Wohn- und Dauergartenflächen vergeben zu können, damit man entweder die Herbeiführung des Endzustandes fest in der Hand behält oder auch in der Lage bleibt, später etwa auch noch andere Bauunternehmungen bei weiterer Vergebung berücksichtigen zu können.

Abb. 2 veranschaulicht den endgültigen Zustand und bedarf weiterer Erläuterungen wohl nicht.

Dieses hier am Einfamilienhaus als am einfachsten Fall gezeigte Schema wird, wenn es die praktische Anwendung gilt, natürlich je nach den Besonderheiten des jeweiligen Falles (Umfang, Grenzform, Oberflächenform des Geländes, Ein- oder Mehrfamilienhaus usw.) entsprechend starke Abwandlungen zu erfahren haben, ohne

daß der Grundgedanke aufgegeben werden müßte.

E. G. Wagner.

## II.

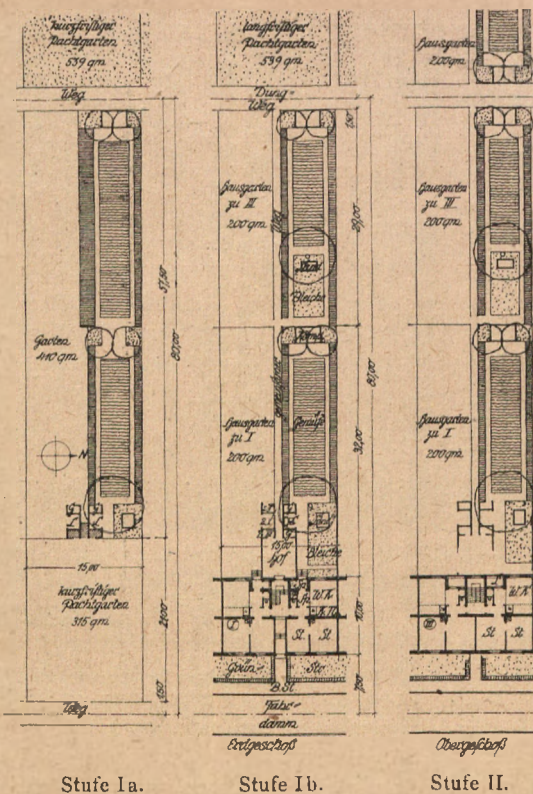
Wie sich der zweistufige Bebauungsplan beim Eingehen in die Einzelheiten eines praktischen Falles gestalten läßt, sei einmal an einigen Beispielen gezeigt:

Es ist nicht eine gleichmäßige Aufteilung in Stellen mit Einfamilien-doppelhäusern gewählt, sondern eine Mischung derselben mit Vierfamilien-reihenhäusern. Erstere kommen infolge der seitlichen Belichtungsmöglichkeit an die Ost-West-Straßen zu stehen, letztere an die bevorzugten Nord-Süd-Straßen.

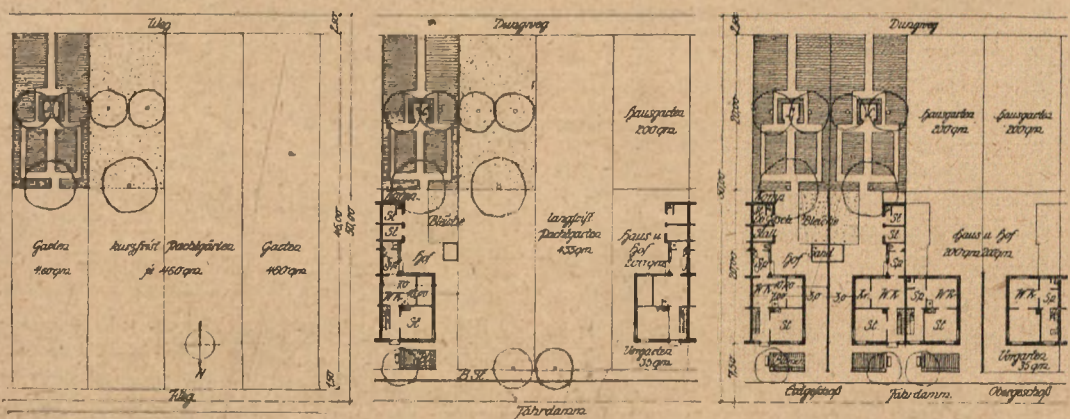
Das Einfamilien-doppelhaus ist diejenige Wohnform, die bei heutigen Ver-

hältnissen die weitmöglichste Konzession an den Wunsch nach „eigenem Heim auf eigener Scholle“ darstellt, während das Vierfamilienreihenhaus den beachtenswerten Vorteil des Wohnens auf einer Geschoßhöhe mit dem alten Vielgeschoßmiethaus teilt, ohne dessen sonstige Nachteile aufzuweisen.

Eine Besonderheit liegt bei dem vorliegenden Fall darin, daß entsprechend der zur Zeit meist geltenden Siedlungspraxis die Stufe I



Stufe Ia. Stufe Ib. Stufe II.  
Abb. 6. Vierfamilienreihenhaus. M. 1:1000.



Stufe I. Stufe II. Stufe III.

Abb. 7. Einfamilien-doppelhaus. M. 1:1000.



abermals in zwei Teilstufen zerlegt wurde. Stufe Ia: „Aufteilung des gesamten Geländes zur gärtnerischen Nutzung in Gärten und kurzfristige Pachtgärten“ (vgl. Abb. 3) gilt solange, als die Teuerungsverhältnisse eine rentierliche Bebauung noch nicht erlauben. Stufe Ib: „Teilung des Geländes in Haus mit Hausgarten und langfristige Pachtgartenzulage“ (vgl. Abb. 4) ist bedingt durch die Notwendigkeit, zur Unterbringung der Abgänge genügend Landfläche zu haben, solange die Anlage einer normalen Schwemmkanalisation nicht möglich ist. Stufe II (vgl. Abb. 5) endlich zeigt den endgültigen, wesentlich dichteren Siedlungszustand, wie er durch Anlage einer Schwemmkanalisation möglich, bzw. zur Finanzierung derselben notwendig ist.

Der Vorgang ist nun beim Vierfamilienreihenhaus und Einfamiliendoppelhaus ein verschiedener. Bei ersterem (vgl. Abb. 6) sei angenommen, daß sich zwei Baulustige zum Bau oder Erwerb der Stelle zusammentun, da die Kosten eines Vierfamilienhauses nebst Gelände usf. heute die Leistungsfähigkeit eines „kleinen Hausbesitzers“ übersteigen dürften, während dies in normalen Zeiten nicht der Fall wäre. Diese beiden teilen bei Stufe Ia das Gelände so auf, daß jeder von ihnen die Gartenfläche insgesamt nutzt, die später in die beiden Hausgärten des Erdgeschoß- und Obergeschoßbewohners zerlegt wird. Die spätere Haus- und Hoffläche wird gemeinsam von ihnen an einen Dritten kurzfristig zur Nutzung als Kartoffelland verpachtet. Während sich bei ihr eine intensivere Kultur durch Düngung usw. nicht lohnt, können dagegen die Flächen, die bei Stufe Ib die Pachtgartenzulage abgeben und vorläufig noch in der Hand der landausgebenden Stelle bleiben, von dem Vierten, an den sie — ebenfalls kurzfristig — verpachtet werden, schon intensiv genutzt werden, da ja das in sie Hineingesteckte seinen Wert behält und sich daher bei Übergang in die andere Hand anrechnen läßt.

Bei Eintritt der Stufe Ib beziehen die beiden Baulustigen als Hausbesitzer die Erdgeschoßwohnungen, die dadurch bevorzugt sind, daß durch die Art des verwendeten Typs eine direkte Verbindung mit deren Hausgartenteil gegeben ist. Die Obergeschoßmieter erreichen ihren Anteil über einen kurzen in der Hausachse gelegenen und von dem gemeinsamen Hof losführenden Weg. Dieser führt in seiner Verlängerung zu den denkbar bequem gelegenen Pachtgartenzulagen und dient hier gleichzeitig als Düngerweg. Der Obergeschoßmieter ist für die fehlende direkte Gartenverbindung durch einen geräumigen Balkon entschädigt, von dem

aus er seinen Hausgartenanteil übersehen kann. Der Erdgeschoßbewohner bekommt für den geringen Verlust an Wohnfläche, den er durch den Hausflur erleidet, eine Zulage in Gestalt eines kleinen Gartenhäuschens. Dieses Gartenhaus kann bereits bei Stufe Ia errichtet werden, wobei dann der vordere der beiden ihm angefügten Geräteräume, der bei Stufe Ib vom Obergeschoßmieter benutzt wird, dem Kartoffellandpächter überlassen werden kann.

Die Stirnwände der Hauszeilen werden mit massiven Giebeln versehen, die in ihrer Dachneigung so gewählt sind, daß über ihrem First die Walmdächer der bei Stufe II anzufügenden dreigeschossigen Kopfbauten ansetzen können (vgl. Abb. 5). Die wenigen Wohnungen in dem zweiten Obergeschoß dieser Kopfhäuser sind für solche Hausstände gedacht, die aus irgendwelchen Gründen keinen Gartenanteil wünschen, was man selbst heute in der Siedlungspraxis findet.

Im übrigen wird bei Stufe II die größere Siedlungsdichte dadurch erreicht, daß durch Einfügung einer beiderseitig bebauten Straße in der Blockmitte die Pachtgartenzulagen zu Hausgärten umgewandelt werden (vgl. Abb. 5).

Beim Einfamiliendoppelhaus (vgl. Abb. 7) erhält bei Stufe Ia der Siedler sogleich das Gelände, auf dem er später Haus und Hausgarten anlegt, zur gärtnerischen Nutzung, während die spätere Pachtgartenzulage zunächst kurzfristig an einen anderen verpachtet werden kann.

Bei Stufe Ib wird diese dann der kurzfristigen Pachtung entzogen und dem Siedler als langfristige Pachtgartenzulage beigegeben.

Im Obergeschoß findet eine Altsitzerfamilie oder ein junges Ehepaar eine Wohnung zur Miete. Sie hat ihren primitiven Abort (Tonne auf Rädern) ebenso wie der Stelleneigner während dieser Stufe im Stallgebäude. Diese kleine Unannehmlichkeit muß in Kauf genommen werden, um die Anlage einer immerhin nicht billigen provisorischen Grube zu vermeiden, die beim gezeigten Vierfamilienhaus schon eher zu vertreten ist.

Die Stufe II wird dann in einfachster Weise durch Einfügen je eines neuen Doppelhauses zwischen zwei alte erreicht.

Die Anlage der mit einem überbauten Mittelteil versehenen wenigen Ladenhäuser (vgl. Abb. 5) soll die Siedler gleich beim Erstehen der Siedlung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln (Brot, Fleisch, Kramladen usf.) versehen. Gleichzeitig dienen sie dem architektonischen Zweck, die mit Reihenhäusern besetzten Nord-Süd-Wohnstraßen hofartig räumlich abzuschließen.



Alles übrige, wie Maße, Stellengrößen usf., ergibt sich aus den beigegebenen Zeichnungen, wobei es selbstverständlich ist, daß die Größe der Landzuweisung entsprechend der Güte des Bodens sich im Einzelfall um ein Mehr oder

Weniger verschieben wird und auch sonst infolge der größeren oder geringeren Bewegtheit des Geländes und sonstiger Unregelmäßigkeiten das gezeigte Schema abzuwandeln ist.

Otto Schmidt.

## Neue Ofenkonstruktionen für Kleinwohnungen.

Von Regierungsbaumeister **Werner Scholtz.**

(Fortsetzung.)

### Zentralisierte Heizanlagen.

Die Druna-Zentralluftheizung der Firma Drüner & Nattenberg, Essen und Köln arbeitet ähnlich wie System Kori mit einem besonderen Heizofen, nur kann hier die Luftheizung wahlweise allein durch den Ofen oder allein durch die Rauchgase des Kochherdes und schließlich auch durch eine Vereinigung der Rauchgase beider Feuerungen betrieben werden. Auf diese Weise ist es möglich, sich allen Schwankungen des Wärmebedarfs leicht anzupassen; während der Übergangszeiten wird es meist genügen, die Heizung nur durch die Abwärme des Herdes zu betreiben. Bei kälterer Witterung kann dann die Ofenheizung mit zu Hilfe genommen oder, falls kein Kochbedarf vorhanden ist, allein in Betrieb gesetzt werden. Wenn so versucht wird, die Vorteile der beiden vorher erwähnten Systeme miteinander zu vereinen, muß natürlich auch ein entsprechend umständlicherer Aufbau der ganzen Anlage mit in Kauf genommen werden. Die Anwendungsgebiete der Druna-Heizung sind sehr mannigfach. Für Siedlungsbauten kommen hauptsächlich zwei Ausführungsarten in Betracht, bei denen entweder Kochherd und Heizofen räumlich

vereint sind (Abb. 2), oder der Heizofen getrennt vom Herd in einer Stube neben der Küche steht. Die erste Anordnung wird dort am Platz sein, wo es sich um die Beheizung einer Kleinwohnung mit geräumiger Wohnküche handelt, die zweite ist für Mittelstandswohnungen mit kleinerer Kochküche geeignet.

In Abb. 1 ist eine Anlage dargestellt, bei der die Ofenheizung von der Stube aus bedient wird. In der durch Kachelwände abgeschlossenen Heizkammer steht ein gußeiserner Ofen mit Feuerkopf und auswechselbarem Planrost, unter dem ein Aschenkasten angeordnet ist. Im oberen Teil der Heizkammer liegen die Feuerzüge, die aus einem zickzackförmigen Rohrstrang bestehen; die Formstücke dieses Rohrstranges sind aus Gußeisen, die Verbindungsrohre aus starkem verzinkten Blech hergestellt. Dieser Rohrstrang setzt sich aus Krümmern und geraden Rohrstücken zusammen und mündet oben in den Schornstein. Von dem untersten Krümmer führt ein Rohrstutzen zum Heizofen, ein weiterer Stutzen schließt an

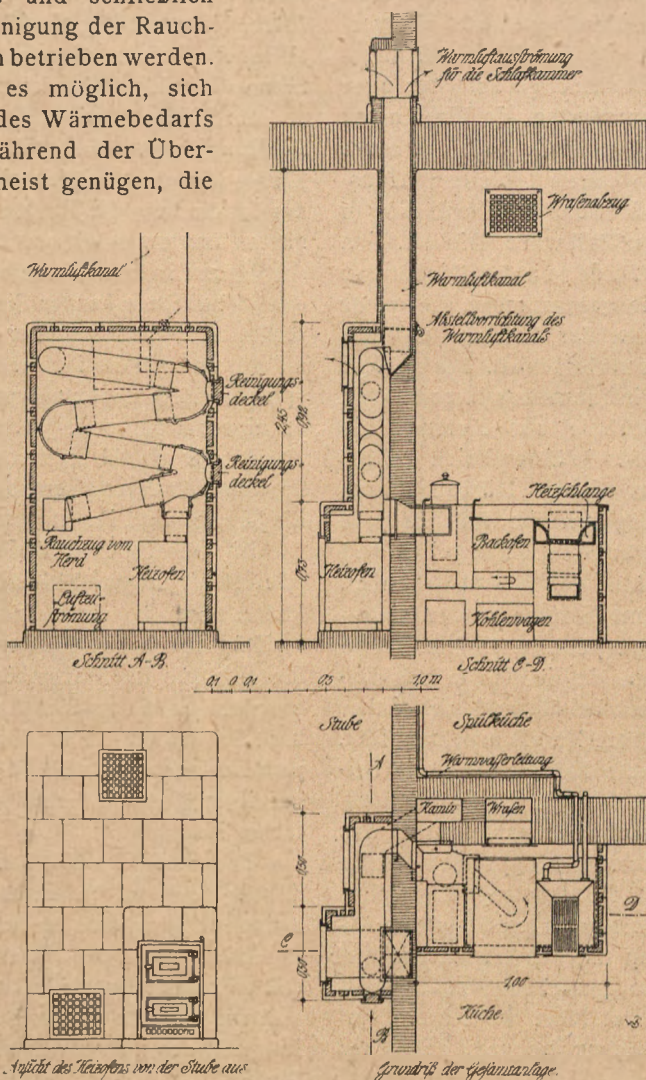


Abb. 1. Druna-Zentralheizung. Heizofen und Küchenherd sind räumlich getrennt, der Heizofen wird von der Stube aus bedient. Der Küchenherd versorgt die Spülküche mit Warmwasser. M. 1:40.



die Herdfeuerung an, während ein dritter Stutzen die Verbindung mit den Feuerzügen vermittelt. Die Reinigung der Feuerzüge kann durch zwei Reinigungsstutzen erfolgen, die in die Seitenwand der Heizkammer einmünden und außen durch Reinigungsdeckel verschlossen sind. Eine Einsteigtür in die Heizkammer ist nicht vorgesehen; als Ersatz hierfür sind die Luftgitter zum Abschrauben eingerichtet. Die Erwärmung der Erdgeschoßräume durch Umluft und die Zuführung der Warmluft zu den oberen Schlafstuben entspricht im wesentlichen den beiden vorher erwähnten Systemen. Die Luft strömt durch Gitter am Fußboden in die Heizkammer ein, streicht, sich schnell erwärmend, an den Feuerzügen vorbei und tritt durch obere Ausströmöffnungen bezw. durch Warmluftkanäle in die zu beheizenden Räume ein. Der aufsteigende Warmluftkanal kann an seinem Fuß-

ende von der Küche aus durch eine Drosselklappe abgesperrt werden, wenn z. B. tagsüber eine Beheizung der Schlafräume nicht gewünscht wird und dafür die Temperatur der Erdgeschoßstuben erhöht werden soll. Eine Wechselklappe am Herd ermöglicht es, die Herdrauchgase je nach

Bedarf unmittelbar in den Kamin oder zunächst durch die Feuerzüge der Heizung zu leiten. Der Herd wird stets als Kachelherd mit Ringplatte, Backofen und Wasserschiff ausgebildet; seine Feuerung ist von einer Heizschlange umgeben, durch die Aufwaschtisch und Bad in der Spülküche mit heißem Wasser versorgt werden können. Bei der in Abb. 2 dargestellten Anlage ist die Heizkammer unmittelbar seitlich an den Herd angebaut, so daß Heizung und Kochherd von einem Raum aus bedient werden können.

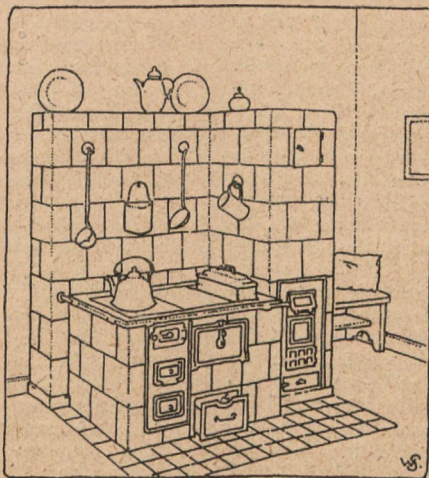


Abb. 2. Druna-Zentralluftheizung. Heizofen seitlich an den Küchenherd angebaut. Anlage beheizt im Erdgeschoß Wohnküche und Stube, im ausgebauten Dach 1 bis 2 Schlafkammern.

(Fortsetzung folgt.)

### Können wir ohne Staatszuschüsse Kleinhäuser bauen?

Mit dem Aufsatz von Dr. Dannenbaum, Direktor der Preussischen Pfandbriefbank in Berlin (Jahrg. 1921 d. Bl., S. 21), hat die Schriftleitung der „Volkswohnung“ die Erörterung eröffnet über die Frage: „Können wir ohne verlorene Zuschüsse schon heute Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung bauen?“ Der Verfasser bejaht die Frage unbedingt für das kleine Eigenheim in vorstädtischer Siedlung. In der Begründung seines Standpunktes wird eingehend auf die steuerlichen Erleichterungen hingewiesen, die für die Besitzer der neuen Heimstätten zu fordern sind. Es wäre dringend zu wünschen, daß die berufenen Vertreter der Siedlungsbewegung sich dieser Anregungen annähmen und sie wieder und wieder den maßgebenden Stellen vortrügen, um wenigstens einen Teil dieser sehr berechtigten Forderungen durchzusetzen. In den technischen Nebenfragen greift der Verfasser jedoch fehl, wenn er z. B. den Straßenbankosten einen zu großen Wert beilegt. Wir benötigen in einer vorstädtischen Siedlung weder Gas noch Wasser noch Kanalanschlüsse. Die Straßen können mit schmalen Fahrdamm ausgestattet, leicht befestigt angelegt werden. Die dann entstehenden Kosten spielen, im Hinblick auf den Gesamtpreis einer Wohnung, nur eine untergeordnete Rolle.

Ebenso kann es nicht unwidersprochen bleiben, wenn die Zuschußwirtschaft als solche verworfen wird. Nicht das Verfahren, sondern seine verkehrte Anwendung ist an den unerwünschten Folgen schuld. Die Zuschußwirtschaft kann unstreitig auch erfolgreich aufgebaut werden. Läßt man durch eine Tischlerei fortlaufend eine genormte Innentür herstellen, so sinken die Herstellungskosten bis zu 50 vH. unter Marktpreis bei ausreichendem Verdienst des Unternehmers und guter Ware. Verfügt eine kaufmännisch gut geleitete Stelle über die nötigen Mittel, dieses Verfahren auch auf andere

geeignete Baustoffe und Bauteile — nicht auf alle — anzuwenden, so können in großem Ausmaß wirklich preiswerte Baustoffe bereitgestellt werden. Der Staat finanziert das Unternehmen mit den für die Zuschüsse bereitgestellten Mitteln, der Bauherr erhält die Baustoffe an Stelle der Zuschüsse. Wird in dieser Weise die Zuschußwirtschaft richtig aufgebaut, so wird eine fortlaufende Belebung des Baugewerbes, Preissenkung und, fast noch wichtiger, Preisstabilisierung erreicht.

Hierher gehört auch die Holzbelieferung für den gemeinnützigen Siedlungsbau aus Staatsforsten. Der Verfasser hat sich hier durch den Lärm der in ihren Gewinnmöglichkeiten beschränkten Holzhändler zu einem falschen Urteil verleiten lassen. Einwandfrei kann nachgewiesen werden, daß durch die Holzlieferungen des Staates im Jahre 1920 sehr erhebliche Ersparnisse beim Siedlungsbau erzielt worden sind.

Die Beschaffung der Zwischenkredite würde in der Praxis geringe Schwierigkeiten bereiten, wenn in den Organen der Kommunalverwaltungen das notwendige Verständnis für die Wichtigkeit dieser Frage vorhanden wäre.

In dem Abschnitt „Hypotheken“ interessiert besonders das bemerkenswerte Urteil des Verfassers, daß eine erststellige Beleihung eines Kleinhauses in Höhe von 25 000 Mark durch ein privates Hypothekeninstitut überhaupt möglich ist. Von großem Interesse wäre es, wenn der Verfasser sich über die Zins-, Tilgungs- und Provisionsbedingungen dieser Darlehen aussprechen würde. Gegen den Vorschlag, daß die Tilgung der ersten Hypothek, die mit 50 000 Mark angenommen wird, erst einsetzen soll, wenn seitens des Staates und der Gemeinden die Steuerschraube angezogen wird, und daß die Tilgungsraten der Höhe der neuen Steuern entsprechen sollen, bestehen erhebliche praktische Bedenken.



Wer gibt den Banken die Gewißheit, daß die Steuern während eines Zeitraums von 40 Jahren, solange läuft etwa die Tilgung, erhoben werden? Ferner führt der Vorschlag zu sehr unübersichtlichen Verpflichtungen für den Siedler. Ein viel erfahrener Hypothekenbankdirektor kann sich ohne Schwierigkeiten in diese Tilgungsbedingungen hineinreden, nicht aber ein einfacher Arbeiter. Steuerfreiheit und Tilgung von vornherein, das gibt einen klaren und sicheren Weg!

Der Kernpunkt des Dannenbaumschen Vorschlages nun ist in dem kurzen Abschnitt „Finanzierung“ und in einigen Sätzen des Abschnitts „Hypotheken“ enthalten, wo folgendes ausgeführt wird: „Ein Haus von vier Stuben, Küche, Stall, Garten mit Wasser-, Kanal-, Gas- und elektrischem Lichtanschluß kostet 75000 Mark. Hier- von bringt der der minderbemittelten Bevölkerung angehörige Siedler 25000 Mark aus eigenen Mitteln auf. 50000 Mark werden erstellig von Privaten oder öffentlichen Kreditinstituten unter gewissen Sicherungsbedingungen gegeben. Verzinsung und Tilgung des gesamten Anlagekapitals geht zu Lasten des Siedlers.“ Dazu ist zu bemerken:

1. Mit 75000 Mark wird es hin und wieder möglich sein, ein Haus nach obigem Programm auszuführen. Der Preis aber kann keinesfalls als Durchschnitt angenommen werden, stellt vielmehr einen besonders günstigen Fall dar. In den meisten Fällen wird Anzahlung oder Hypothek nicht unerheblich erhöht werden müssen. Etwa durch Einschränkung des Bauprogramms die Kosten auf 75000 Mark herabzudrücken, ist nach dem weiteren Finanzierungsplan ausgeschlossen.

2. Der Siedler muß 25000 Mark aus eigenen Mitteln aufbringen. Sicher ist ein großer Teil der bisher hergestellten Ansiedlungen durch so hohe und noch höhere Anzahlungen finanziert worden. Eine im höchsten Grade unerwünschte Erscheinung! Der Zweck der Hergabe von Geldern aus öffentlichen Mitteln für den Kleinwohnungsbau ist nicht allein, und das muß immer wieder betont werden, die Herstellung von Wohnraum, sondern vor allem die Herstellung von gutem Wohnraum. Gerade das Elend, in das Deutschland durch den verlorenen Krieg gestürzt ist, zwingt uns, aus bevölkerungspolitischen Gründen von Staats wegen die in der Zuschußwirtschaft liegenden Machtmittel auszunutzen, um endlich die Arbeiterbevölkerung herauszuführen aus der Mietkaserne in die gesündere, weiträumige Gartensiedlung. Dieser wichtigste, im staatlichen Interesse liegende Endzweck der Förderung des Baues von Kleinwohnungen wird durch den Dannenbaumschen Vorschlag geradezu verhindert, da nur verschwindend wenige Arbeiter 25000 Mark aus eigenen Mitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen können.

3. Der Verfasser berechnet 2750 Mark als Verzinsung und Tilgung der großen Hypothek und 300 Mark für laufende Unkosten, d. h. der Siedler hat im ganzen 3050 Mark im Jahre aufzubringen. Es wird mehr werden, da die 300 Mark fraglos zu niedrig gegriffen sind.

Ganz nebenbei erwähnt Dannenbaum den Zinsausfall von 1000 Mark für das eigene Guthaben des Besitzers. Ich glaube, daß diese Summe keineswegs als nebensächlich im Haushalt einer Arbeiterfamilie betrachtet werden kann, daß man vielmehr 1000 Mark den laufenden Unkosten hinzurechnen muß, so daß der Arbeiter tatsächlich 4050 Mark mindestens jährlich aufzubringen hat. Der Verfasser hält nun schon 3050 Mark als Mietaufwand für eine Arbeiterfamilie für zu hoch und zeigt Mittel, durch die die Summe heruntergedrückt werden kann. Der Besitzer soll nämlich zwei Stuben vermieten und dadurch eine Mieteinnahme von 1200 Mark jährlich erzielen. Da es sich in vielen Fällen um Vermietung an Unverheiratete handeln wird, müßte die Mobiliarfrage gelöst werden. Doch das nebenbei. Wichtiger scheint mir, daß gerade die kinderreichen Familien an ein Vermieten nicht denken können und daß bei fortgeschrittener

Besiedlung das Angebot der vermietbaren Zimmer die Nachfrage erheblich übersteigen wird, so daß dann die Einnahmen aus der Vermietung sehr unsicher werden. Das schwerste Bedenken gegen die Vermietung aber ist, daß das Schlafstellenunwesen mit allen seinen trüben Nebenerscheinungen in übelster Form aufblühen würde. Weiter berechnet der Verfasser einen Ertrag aus dem Garten von 1250 Mark. Ob diese Summe heute herausgewirtschaftet werden kann, sei dahingestellt; daß sie auf die Dauer der Tilgung, d. h. etwa während 40 Jahren nicht in gleicher Höhe einkommen wird, ist wohl unzweifelhaft.

Im ganzen wird man als verantwortlicher Sachberater dem Siedler, dessen Haus nach dem Dannenbaumschen Vorschlag finanziert werden soll, daher sagen müssen: „Du hast 1000 Mark Zinsverlust und mindestens 3050 Mark jährliche Unkosten, d. h. im ganzen mindestens 4050 Mark Miete jährlich aufzubringen. Zur Zeit hast du die Möglichkeit, durch Abvermieten und durch den Ertrag aus deinem Garten die Unkosten nicht unerheblich herabzudrücken.“ Ich bin der Ansicht, daß ein Siedler aus Arbeiterkreisen sich auf diese Berechnung nicht einlassen kann.

Nach Vorstehendem führt der Weg, den Dannenbaum vorschlägt, nicht zum Ziele. Die heutigen Lohnverhältnisse geben vielleicht die Möglichkeit, daß der Arbeiter die Last der Verzinsung und Tilgung von 75000 Mark tragen kann. Bei steigendem Wert der Mark und sinkenden Löhnen müßte unter den nach dem Dannenbaumschen Vorschlag angesiedelten Familien in größerem Umfang Zahlungsunfähigkeit eintreten. Dann wird man von der großen Hypothek erhebliche Beträge zu Lasten der Allgemeinheit abstreichen müssen, d. h. der Dannenbaumsche Vorschlag läuft auf ein verschleiertes Zuschußverfahren hinaus. Dabei ist es von Vorteil, daß sich der verlorene Zuschuß in einer dem wirklichen Bedarf entsprechenden Höhe halten wird. Zu bedenken ist aber, daß der Zuschuß zu einer Zeit gezahlt werden muß, in der er durch Steigen unserer Valuta sich dem Wert nach verdoppelt oder verdreifacht hat.

Der Verfasser hat das Problem nicht an der Wurzel erfaßt. Er finanziert auf lange Sicht nach heutigen Zuständen und bedenkt nicht, daß wir die Zukunft unserer wirtschaftlichen Lage überhaupt nicht übersehen können. Das Risiko dieser Unsicherheit bürdet er auf die schwächsten Schultern ab, was nach meiner Ansicht unmöglich ist. Wir werden also nach anderen Wegen suchen müssen, um die Wohnungsbautätigkeit in den nächsten Jahren in Gang zu erhalten.

Von anderer Seite — soweit mir bekannt, geht der Grundgedanke von der Westfälischen Heimstätte Münster i. W. aus — wurde folgender Vorschlag gemacht: Angenommen, ein Wohnhaus kleinsten Programms mit Garten kostet 80000 Mark, so müßten von diesen etwa 30000 Mark aus öffentlichen Mitteln als verlorene Zuschüsse gegeben werden, und zwar in einer Form, die eine unwirtschaftliche Verwendung der Mittel ausschließt. Die Anzahlung des Siedlers müßte 10000 Mark betragen, so daß 40000 Mark übrig bleiben, die von einem besonderen Kreditinstitut hergegeben, als erste Hypothek eingetragen werden. Für Zinsen, Tilgung und laufende Unkosten kann eine Arbeiterfamilie wohl auf lange Zeit hin sicher 2000 Mark aufbringen. Rechnen wir für allgemeine Unkosten 400 Mark ab, so stehen für Tilgung und Verzinsung 1600 Mark zur Verfügung, d. h. für eine 2½prozentige Tilgung 1000 Mark und für Verzinsung 600 Mark = 1½ vH. der Hypothek. Der Rest der Verzinsung müßte durch eine Mietsteuer, die von den Inhabern der alten Wohnungen erhoben wird, aufgebracht werden. Für die praktische Durchführung des Vorschlags kommt die Einrichtung eines provinziellen Instituts in Frage, das die Hypothek in provinziell garantierten Pfandbriefen ausgibt und die Tilgung und Verzinsung regelt. Vorhandene Organisationen in Preußen könnten hierfür leicht ausgebaut werden.

Arnold Knoblauch, Regierungsbaumeister a. D., Geschäftsführer der Mitteldeutschen Heimstätte Magdeburg.



## Zeitfragen.

## Normen und Bauverbilligung.

Über die Bewährung der Baunormen sind durch den preußischen Minister für Volkswohlfahrt Erhebungen angestellt worden. Die Verwendung der Normen hat sich demnach in der Praxis bisher nicht überall durchführen lassen. Ein unmittelbarer Vorteil in wirtschaftlicher Hinsicht ist bisher auch nur vereinzelt hervorgetreten, da die Bewegung noch zu jung ist und die genormten Einzelteile noch nicht überall in ausreichenden Mengen und zu annehmbaren Preisen erhältlich sind. Bei ländlichen und kleinstädtischen Einzelwohnungen scheiterte die Einführung von genormten Bauteilen bisweilen auch an dem Widerstand der kleinen Handwerker, denen vorläufig die Erkenntnis für den Wert der Normung fehlt. Auch bei der Architektenschaft stößt die Normenbewegung vereinzelt auf Abneigung, weil man eine Beeinträchtigung der künstlerischen Bewegungsfreiheit befürchtet. Aus diesen Gründen hält es der Minister nicht für vorteilhaft, zum mindesten aber noch für verfrüht, die Gewährung von Bankkostenzuschüssen allgemein von der Anwendung der Normen abhängig zu machen. Die Bautätigkeit darf nicht durch Bestimmungen, die irgendwie hemmend wirken können, noch mehr erschwert werden.

Die Gründe, die gewisse Kreise der Architektenschaft zu Gegnern der Normenbewegung machen, erfahren eine eigenartige Beleuchtung in den Ausführungen, die die Mitteilungen des Bundes Deutscher Architekten („Die Baugilde“ Nr. 12/13 vom 30. März 1921) an die ministerielle Aussussung geknüpft haben. Es wird dort behauptet, daß die Normenbewegung in jeder Hinsicht verteuerns gewirkt habe, und diese Behauptung unter anderem auch damit begründet, daß in Fällen, wo „einem aus Verbilligungs- und baukünstlerischen Gründen entstandenen normenfremden Baukörper die Normenfensterformate aufgezogen werden, entweder ein gänzlich neues Projekt nötig wird oder, weil es meist zu spät ist, ein unschönes Haus entsteht, beide Male aber nichts gespart wird“. Diese Ausführungen charakterisieren deut-

lich die falsche Auffassung, die heute, noch in weiten Kreisen der Architektenschaft gegenüber den Aufgaben des Wohnungs- und Siedlungsbaues herrscht. Diese Aufgaben sind vor allem handwerklicher und wirtschaftlicher Art, und es kennzeichnet jenen irregeleiteten künstlerischen Ehrgeiz, dessen Ursprung in dem Leitaufsatz des vorliegenden Heftes nachgespürt wird, wenn allgemein gebräuchliche und typisch sich wiederholende Maße des Kleinhausbaues, deren Festlegung (und nicht anderes) die Normenbewegung in dankenswerter Weise erstrebt, einer fixen „baukünstlerischen Idee“, die sich von einem „normenfremden“ Baukörper nicht trennen kann, geopfert werden sollen. Solche Begründung weckt wenig Vertrauen zu der weiteren Behauptung in der Aussussung der B.D.A.-Mitteilungen, daß die Hinzuziehung eines Architekten auch zum kleinsten Bau ganz besonders verbilligend wirke. In früheren Zeiten, als sich mit den einfachen Aufgaben des Wohnungs- und Siedlungsbaues noch keine „Baukünstler“ beschäftigt haben, sondern ihre Lösung einfachen Handwerksmeistern anvertraut blieb, war die allgemeine Verwendung von Einzelteilen in ortsüblichen Abmessungen durchaus selbstverständlich und es sind trotzdem Bauten von sehr reinen, vielleicht sogar edleren Verhältnissen entstanden, als heute, wo Vertreter des Bauhandwerks, wenn sie einen Stall „zu entwerfen“ haben, sich in die Pose des Künstlers werfen.

Wenn die Abneigung der Architektenschaft gegen die Normen ferner damit begründet wird, daß durch sie „die technische, nach Verbilligung zielende Bewegungsfreiheit“ beeinträchtigt wird, so läßt sich mit gleichem Recht behaupten, daß im Gegenteil durch die Anwendung genormter Bauteile die Bewegungsfreiheit des Architekten wesentlich erhöht wird, weil ihm die Gewißheit gegeben ist, daß er technisch einwandfrei konstruierte Einzelbauteile erhält. Damit ist er der zeitraubenden Arbeit jeweils neuer Detaillierung enthoben, wodurch an Arbeitskraft und damit mittelbar auch an Kosten gespart wird.

W. C. B.

## Mitteilungen.

## Das Ofensetzergerwerbe in Bayern und Sachsen.

Die sehr rührige *heiztechnische Landeskommision für das Ofensetzergerwerbe München* veröffentlicht in Nr. 10 der „Mitteilungen“ der bayerischen Landeskohlenstelle ihren Tätigkeitsbericht über das Geschäftsjahr 1920.<sup>1)</sup> Förderung der Technik des Ofen- und Herdbaues und Beratung der beteiligten Kreise in allen Hausbrandfragen waren die Hauptaufgaben der Kommission, deren 21 Mitglieder sich aus Vertretern des Ofensetzer- und Kaminkehrergewerbes, des städtischen Ortsheizamtes und der Berufsschule zusammensetzten.

Für die Angehörigen des Gewerbes wurden Dreimonatskurse über Feuerungs- und Heizungstechnik, verbunden mit konstruktivem und kunstgewerblichem Zeichnen, an der Münchener Fachschule eingerichtet, die sich reger an der Münchener Fachschule eingerichtet, die sich reger an der Teilnahme erfreuten. Da die von der Zentrale für das Ofensetzergerwerbe Deutschlands 1919 bearbeitete Mappe „Heiz- und Kochanlagen für Kleinhäuser“ sehr schnell vergriffen war, gab die Kommission mit Unterstützung der bayerischen Landeskohlenstelle ein neues kleineres Sammelheft „Kachelöfen und Kachelherde in Bayern — 18 Konstruktionstypen“ heraus. Für die bereits früher veröffentlichten Grundsätze für Ofen- und Herdbau wurden 10 Blatt zeichnerische Darstellungen angefertigt, um Anschauungsmaterial für die Fach- und Baugewerbeschulen zu schaffen. Ferner führte die Kommission zahlreiche Versuche mit Neuerungen an Heiz- und Kochanlagen

aus und suchte die Bedingungen für eine wirtschaftliche Verbrennung von Braunkohle und Torf festzustellen; Arbeiten, die der Landeskohlenstelle die Grundlagen für die von ihr verbreiteten Merkblätter über Verheizung von Ersatzbrennstoffen gaben. Auch an den Vorarbeiten zu den Vorschlägen zur Abänderung bzw. Ergänzung der bayerischen Bauordnung die von der Landeskohlenstelle dem Staatsministerium des Innern unterbreitet wurde, nahm die Kommission regen Anteil. Um die dringend erforderliche Aufklärung über sparsame Wirtschaft des Hausbrandes in weiteste Kreise zu tragen, wurden Lichtbildervorträge über sparsames Heizen gehalten und durch die Geschäftsstelle der Kommission Auskünfte in Heizungsfragen an Behörden, Baugenossenschaften und Private erteilt. Auch an den *heiztechnischen Beratungsstellen* der Landbauämter wirkten Gewerbeangehörige — vielfach ehrenamtlich — mit.

Ein ähnliches Bild reger Tätigkeit zeigt für *Sachsen* der Jahresbericht der *heiztechnischen Landeskommision Dresden*, der in Nr. 8 der „Neuen Deutschen Töpferzeitung“ veröffentlicht ist. Die bisher von der Kommission unterhaltene Beratungsstelle für Einzelheizungen in Dresden wurde im Einyernehmen mit dem sächsischen Landeskohlenamt und der Stadt Dresden zur Hauptberatungsstelle ausgebaut, während zwei weitere Beratungsstellen in entlegeneren Stadtteilen neu eingerichtet wurden. Die Unterhaltungskosten für diese Heizberatungsstellen trägt das städtische Kohlenamt. Ähnlich wie in Bayern wurde auch hier die Aufklärungsarbeit der Beratungsstellen durch öffentliche Vorträge über Brennstoffsparsamkeit im Hausbrand, durch Verbreitung von Merkblättern und durch Veröffentlichung belehrender Aufsätze über Ofen-

<sup>1)</sup> „Anweisung zur wirtschaftlichen Verheizung von Rohbraunkohle im Hausbrand.“ „Merkblätter für die wirtschaftliche Verbrennung von Torf in Hausbrandstätten.“ Die Blätter können kostenlos von der bayerischen Landeskohlenstelle, München, Leopoldstraße 4, bezogen werden.



heizung in der Tagespresse unterstützt. Besonders bemerkenswert erscheint der Versuch, auch die *Hauspflegerinnen* des städtischen Fürsorgeamtes durch Besprechungen in der Prüfungsanstalt der Kommission mit der richtigen Bedienung der Feuerstellen vertraut zu machen. Die Untersuchungen in der Prüfungsanstalt erstreckten sich hauptsächlich auf sogen. Kohlensparapparate und Ersatzbrennstoffe; besondere Aufmerksamkeit wurde der Grudefeuerung und der Möglichkeit, sie auch in Kachelöfen und Herden zu verwenden, geschenkt. Ein Kachelgrudeheiz- und -kochen befindet sich zur Zeit im Bau. An der vom Kohlenamt in Dresden veranstalteten Heizausstellung beteiligte sich die Kommission mit zahlreichen Gegenständen, um die wärmewirtschaftlichen Vorzüge der Kachelofenheizung angemessen zur Darstellung zu bringen. Scholtz.

**Landwirtschaftliche Werkwohnungen und Mietvertrag.** Auch in den diesjährigen allgemeinen Grundsätzen über die Förderung des Wohnungsbaues (vergl. Jahrg. 1921 d. Bl. S. 80) ist die bekannte Bestimmung wieder aufgenommen worden, wonach Beihilfen für landwirtschaftliche Werkwohnungen nur gewährt werden können, „wenn der Mietvertrag in keine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrag gebracht wird“. Diese Vorschrift hat, worauf mehrfach auch an dieser Stelle hingewiesen worden ist, vielfach hemmend auf die Baulust landwirtschaftlicher Arbeitgeber gewirkt. Um diese Hemmnisse zu beseitigen und die Bedenken, die gegen die Wirkungen dieser Bestimmung bestehen, auszuräumen, hat der Reichsarbeitsminister jetzt bekanntgegeben, daß der Vorschrift durch zwei gesonderte Verträge genügt wird, welche sichern, daß die Beendigung des Dienstvertrages nicht ohne weiteres auch sofort die Beendigung des Mietvertrages herbeiführt. Es darf also z. B. in dem Mietvertrage nicht die Klausel enthalten sein, daß dem Arbeitnehmer nur solange ein Wohnrecht zusteht, als er sich in einem Arbeitsverhältnis zum Vermieter befindet, bezw. daß er mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses unter allen Umständen zur Räumung der Wohnung verpflichtet ist, gleichgültig aus welchen Gründen das Arbeitsverhältnis enden mag. Gegen ein nach dieser Richtung gesteigertes Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber sprechen, insbesondere unter Berücksichtigung der heutigen Wohnungsknappheit, gewichtige sozialpolitische Bedenken. Dagegen ist es zulässig, daß nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses das Mietverhältnis zum nächsten gesetzlichen oder vertraglichen Termin gekündigt wird oder daß eine solche Kündigung erfolgt, wenn die Beendigung des Dienstverhältnisses vorauszusehen ist. Wird der Dienstvertrag von vornherein für eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so darf auch die Beendigung des Mietverhältnisses zu demselben Zeitpunkt von vornherein vereinbart werden. Die Freimachung der Wohnung vollzieht sich dann in allen Fällen nach den allgemein geltenden Vorschriften, gegebenenfalls unter Mitwirkung des zuständigen Einigungsamtes. In jedem einzelnen Falle wird der Mieter ferner verpflichtet werden können, bei Bedürfnis einen im selben Werke angestellten Arbeitnehmer nach Maßgabe der vorhandenen Räumlichkeit als Untermieter aufzunehmen. Endlich wird es auch möglich sein, Sicherungen nach der Richtung zu schaffen, daß die bei einem Betriebe freiwerdenden Wohnungen wieder Arbeitnehmern desselben Werkes zur Verfügung stehen und von den Gemeinden nicht zur Unterbringung beliebiger anderer Mieter verwandt werden können.

**Die nächste Tagung der „Vereinigung deutscher Wohnungsämter“** ist für Anfang Mai in Aussicht genommen und soll in München stattfinden. Die Verhandlungen werden zwei Tage in Anspruch nehmen. Außer einer allgemeinen Erörterung über die Aussichten des Wohnungsneubaus und die Wiederbelebung der Bautätigkeit sind bei einer kürzlich in Berlin abgehaltenen

Vorstandssitzung Referate über die Haftpflicht der Gemeinden bei Beschlagnahmen und Zivileinquartierung, über die Regelung des zwischenörtlichen Wohnungsaustausches und über Gebührenerhebungen durch die gemeindlichen Wohnungsämter und Wohnungsnachweise in Aussicht genommen worden. Mit der Tagung sollen eine Kleinwohnungsplanausstellung sowie Besichtigungen der Münchener Lehrkolonie und der dortigen neuen Siedlungen verbunden werden.

### Wettbewerbe.

Die Kleinsiedlungsgesellschaft für den Kreis Sensburg zu Sensburg schreibt für deutsche Architekten, die in Ostpreußen einschl. des Regierungsbezirks Marienwerder wohnen oder geboren sind oder während der letzten sechs Jahre mindestens 12 Monate als Architekt in Ostpreußen tätig waren, einen *Wettbewerb zur Erlangung eines Bauplanes nebst Bautypen für die Südkolonie in Sensburg* aus. Drei Preise von 5000, 4000 und 3000 M., zwei Ankäufe zu je 1000 M. Im Preisgericht u. a. Oberbaurat Lange, Prof. Lahrs und Reg.-Baum. Schlemm, Königsberg. Als Ersatzmann u. a. Prof. Dr. h. c. Dethlefsen, Königsberg. Unterlagen gegen 15 M., die zurückerstattet werden, durch die genannte Gesellschaft.

In dem *Wettbewerb für Entwürfe zum Bau von 155 Wohnungen in Berlin-Oberschöneweide* (vgl. Jahrg. 1921 d. Bl. S. 63) erhielten den ersten Preis Dipl.-Ing. W. Beringer und Architekt Fritz Schock, Charlottenburg, den zweiten Preis Architekt A. J. Köster, Lankwitz, den dritten Preis Architekt A. Spitzner, Schöneberg, und den vierten Preis Architekt F. Deute, Britz. Angekauft fünf weitere Entwürfe.

In dem von der Kleinwohnungsbaugenossenschaft G. m. b. H. für Aschaffener Architekten ausgeschrieben *Wettbewerb zur Erlangung von zwei Bauausführungsplänen und Typenhäusern* wurden zuerkannt: ein zweiter Preis mit 3500 M. Friedrich Selbert, Architekt B. D. A., ein zweiter Preis mit 3500 M. Baureferendar Syndikus, ein dritter Preis mit 2000 M. Bautechnisches Bureau Martin & Bezold. Der erste Preis und drei vorgesehene Ankäufe kamen nach Beschluß der Preisrichter nicht zur Verteilung.

### Personalien.

Nach schwerem Leiden ist am Ostersonntag in Meran Karl Ernst Osthaus im Alter von nur 47 Jahren gestorben. Dem Kunstwillen seiner Zeit und dem Streben nach neuen Ausdrucksformen in der Kunst ist er als Sammler, Schriftsteller und Bauherr ein eifriger und opferbereiter Förderer gewesen. Seiner Sammlertätigkeit verdankt das Folkwang-Museum in Hagen seine Entstehung, ein selten wertvolles Denkmal privater Kunstinitiative. Im Dienste der Ideen des Deutschen Werkbundes begründete er das Deutsche Museum für Kunst, Handel und Gewerbe, das mit seinen Wanderausstellungen verdienstvolle Werbearbeit leistete. Mit der Errichtung seines nach Plänen von H. van de Velde ausgeführten Wohnhauses gab er selbst ein Beispiel vornehmer bürgerlicher Baugesinnung und regte damit auch weitere Kreise in Hagen zu gleichem Schaffen an. So entstand die Mustersiedlung an der Donnerkuhle bei Hagen mit Häusern nach Plänen von Peter Behrens, M. Lauwericks u. a. Auch die nach Plänen R. Riemerschmidts von der Hagener Textilindustrie begonnene Arbeitersiedlung „Walddorf“, aus der das Titelbild des vorliegenden Heftes einen Ausschnitt zeigt, ist wohl auf seinen Einfluß zurückzuführen. In letzter Zeit beschäftigte ihn ein neuer Plan, die Gründung eines Kindererziehungsheims, für das bereits ausführliche Entwürfe von Bruno Taut ausgearbeitet sind. Das Werk, das er hinterläßt, sichert diesem stillen Mann, dessen Herz der Kunst und dem gemeinen Wohl zugewendet war, ein bleibendes Andenken.